



Straßenkinder

50 (von 81) Gouverneuren haben einer Kommission des Parlaments Informationen über die Situation von Kindern, die auf der Straße leben (arbeiten), gegeben. Demnach sind die meisten Kinder in Provinzen wie Istanbul, Diyarbakir und Antalya zu finden, wo es viele Binnenflüchtlinge gibt. In Artvin wiederum, das einen hohen Prozentsatz von Alphabeten aufweist, ist keine Person unter 18 Jahren auf der Straße. Die Staatsministerin Güldal Aksit gab an, dass insgesamt 40.000 Kinder auf der Straße leben und bei 635.000 Kindern die Gefahr besteht, dass sie ein Leben auf der Straße beginnen. Die Informationen aus den Provinzen im Einzelnen:

In **Adana** gibt es ein Jugend- und Rehabilitationszentrum, aber die Zahl der Sozialpädagogen ist unzureichend. Das Zentrum hat 2.384 Personen erreicht und konnte 237 von ihnen helfen, indem es Kontakt zur Familie herstellte, für die Gesundheit oder Ausbildung sorgte. Für Drogenabhängige gibt es kein Zentrum.

In **Ankara** gibt es ein Zentrum für Straßenkinder und ausreichend Sozialpädagogen. Das Zentrum erreichte 2.282 und konnte 29 Mädchen, 80 Jungen und 3 Drogenabhängige wieder der Familie übergeben.

In **Antalya** gibt es zwei Zentren für Straßenkinder und Jugendliche. Es gibt eine Reihe von Projekten wie die Erste Hilfe Station oder das Dorf der Liebe. Auch die Polizei und Gendarmerie sind sensible. Zwischen Januar und Juli 2003 wurden 1.497 Kinder bei der Kinderabteilung der Polizei vorgeführt. Von ihnen wurden 59 in U-Haft genommen; 548 wurden einer Einrichtungen und 897 ihrer Familie übergeben. Unter ihnen waren 53 Drogenabhängige.

An die 20.000 Straßenkinder leben vorwiegend im Stadtzentrum von **Diyarbakir**. Viele von ihnen sind aus Mus, Bingöl, Batman oder Siirt. In den Kinder- und Jugendzentren wurden im Jahre 2001 insgesamt 9.523 Kinder, im Jahre 2002 19.286 Kinder, im Jahre 2003 23.872 versorgt. Es gibt 8.875 Kinder, die arbeiten und gleichzeitig zur Schule gehen.

In **Istanbul** gibt es ausreichend Zentren für sozialen Dienst. Das Straßenkinder- und Jugendzentrum erreicht 789 Kinder. 33,1% von ihnen waren wegen Gewalt in der Familie auf der Straße gelandet, bei 27,6% hatte sich die Familie aufgelöst und in 16,3% der Fälle ging es um Arbeiten auf der Straße.

Obwohl in **Bingöl** keine Binnenflüchtlinge leben, gibt es viele Straßenkinder. Die Kinderabteilung der Polizei erreichte 450 Kinder unter 18 Jahren, von denen 36 alkoholabhängig, 50 nikotinsüchtig, 16 sniffen und 5 Drogen nahmen.

In **Elazig** und **Malatya** arbeiten 600 Kinder auf der Straße. Sie kommen vorwiegend aus den Nachbarprovinzen. (Quelle: Tageszeitung Radikal vom 15.11.2004)

Minenexplosion

Am 19. November fuhr ein Kleinbus in der Nähe des Dorfes Mezra im Kreis Beytüşebap (Sirnak) auf eine Mine. Dabei wurde Frau Reyhan Özkaraça getötet. Ihr Mann, der Unteroffizier Memik Özkaraça und vier weitere Personen wurden verletzt. (Quelle: Star vom 20.11.2004)

Kosten für Dolmetscher vor Gericht werden vom Staat getragen

Der Entwurf der Strafprozessordnung (CMUK), der noch vor dem 17. Dezember (Gipfeltreffen der EU, bei dem über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei zur Vollmitgliedschaft entschieden werden soll) verabschiedet werden soll, sieht eine Neuregelung der Bestimmungen zum Einsatz von Dolmetschern in Gerichtsverhandlungen vor. Dabei wurden Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs und die Rechtsprechung des Kassationsgerichtshofs aus den Jahren 1995 und 1996 berücksichtigt.

Der Kassationsgerichtshof hatte entschieden, dass von den Angeklagten, die die türkische Sprache nicht verstehen, oder aber taubstumm sind, keine Kosten für Dolmetscher verlangt werden können. Das soll nun auch für das Stadium der Ermittlungen gelten. Zudem sollen Personen, die verschiedene Sprachen beherrschen, selber entscheiden können, welcher Sprache sie sich vor Gericht bedienen. (Quelle: Radikal vom 22.11.2004)

Transvestit beschwert sich über Folter

Der Transvestit S.D., der sich Hülya nennt, hat sich beim Menschenrechtsverein in Istanbul beschwert. Als Sex-Arbeiter sei er Gewalt ausgesetzt gewesen und habe dies bei der Polizei anzeigen wollen. Es sei am 17. November gewesen, als er gegen 4 Uhr auf der Bagdad Allee erst mit einem Mann diskutiert habe. Dann seien Polizisten aus Kadiköy hinzugekommen und hätten ihn mit zur Wache genommen. Dort schlugen sie ihn so heftig, dass beide Arme brachen und er nicht mehr auf den Füßen stehen konnte. Bei der Gerichtsmedizin habe er ein Attest über 15 Tage Arbeitsunfähigkeit erhalten. Dennoch sei er wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" in U-Haft in das Gefängnis von Ümraniye gebracht worden. (Quelle: Bia Netzwerk vom 22.11.2004)

Extra-legale Hinrichtung in Kiziltepe

Am Abend des 21. November erhielt die Polizei in Kiziltepe einen Hinweis, dass 2 HPG Militante in ein Haus im Stadtteil Turgut Özal eingedrungen seien. Beim Eintreffen der Polizei verließ Ahmet Kaymaz (31) mit seinem Sohn Ugur Kaymaz (12) sein Haus, er wollte mit seinem LKW nach Iskenlerin fahren. Die Polizisten erschossen beide. Nach offizieller Darstellung sollen die zwei Personen der Aufforderung, stehen zu bleiben, nicht nachgekommen sein und geschossen haben. Es sollen zwei Kalaschnikows, zwei Handgranaten und Munition gefunden worden sein. Die Mutter des LKW-Fah-

thers, Emine Kaymaz sprach von 10 Einschüssen im Körper ihres Enkelkinds und beschwerte sich, dass sie und die Mutter Makbule Kaymaz nach dem Vorfall festgenommen wurden.

Nach einer ersten Untersuchung des Vorfalls berichtete der Südost-Anatolien Vertreter des Menschenrechtsvereins, dass die Polizei die Opfer in ein Kreuzfeuer genommen habe. Der Vorfall habe sich 3-4 Meter von der Eingangstür abgespielt. An dem LKW, hinter dem die Polizisten Schutz gesucht hatten, seien keine Einschüsse festgestellt worden. Der Körper von Ugur Kaymaz habe 13 Einschüsse und der von Ahmet Kaymaz 8 Einschüsse aufgewiesen. *(Quelle: Özgür Politika vom 23.11.2004)*

Minenexplosion

Die Anti-Minen Gruppe aus Hakkari hat einen Bericht zur Explosion einer Mörserkate am 5. Oktober 2004 in dem Lager Serhatkale, das 1998 aus verschiedenen Weilern gebildet wurde, herausgegeben. Die Explosion sei auf einem Weg passiert, der von allen Dorfbewohnern benutzt werde und vor dem Haus des getöteten Bayram Aslan vorbei führe. Die Mörserkate sei vermutlich in den Boden gerammt gewesen, ohne dabei zu explodieren. Die Opfer waren Hadi Yildiz (14), Selam Deren (12) und Bayram Aslan (24). Ayse Aslan (60), Seyfi Güven (23) und Sehriye Aslan (3) seien verletzt worden und würden im Militärkrankenhaus von Hakkari behandelt. Die Gruppe machte darauf aufmerksam, dass in der Region viele Explosionen von unbeaufsichtigter Munition und Minen zu Toden und Verletzten führt und die Bevölkerung in Angst lebe. Sie verlangte eine sofortige Säuberung, aber zumindestens klare Kennzeichnung der Minenfelder.

Unterdessen machte die Initiative für eine Türkei ohne Mine noch einmal auf die Gefahr aufmerksam. Es gebe in der Türkei 900.034 Minen. In den letzten 13 Jahren seien durch Explosionen 990 Personen gestorben und 1.175 verletzt worden. Eine Mine koste 2 Millionen TL und könne in einer Stunde plaziert werden. Das Räumen einer Mine aber koste 600 Millionen und dauere mehr als 100 Stunden. *(Quelle: Bia Netzwerk vom 23.11.2004)*

Türkei unter Reformdruck Ankara will Gesetze rechtzeitig vor EU-Entscheidung ändern

... Am 17. Dezember wird der Europäische Rat entscheiden, ob Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden oder nicht. Die Reform der türkischen Strafprozessordnung befindet sich jetzt kurz vor der Verabschiedung. Dabei geht es vor allem um die Rechte und Pflichten von Richtern und Verteidigern sowie um die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Polizei die Wohnungen Verdächtiger durchsuchen und ihre Telefone abhören darf. Die neue Strafprozessordnung wird diese Möglichkeiten einschränken. Sie soll dem Parlament in der kommenden Woche zur Beratung vorgelegt werden.

Ebenfalls noch vor dem 17. Dezember soll ein neues Strafvollzugsgesetz verabschiedet werden. Mit ihm sollen die Rechte der Untersuchungs- und Strafgefangenen gestärkt werden.

Dagegen wird die geplante Änderung des türkischen Stiftungsrechts voraussichtlich nicht mehr vor dem EU-Gipfel zu schaffen sein. Es geht dabei vor allem um die Rechte nicht-muslimischer Reli-

gionsgemeinschaften in der Türkei. Die christlichen Kirchen sind bisher in Form von Stiftungen organisiert, weil die Türkei ihnen eine eigene Rechtspersönlichkeit verweigert. Daraus ergeben sich zahlreiche Nachteile. Beispielsweise wurden in den vergangenen Jahrzehnten viele Liegenschaften christlicher Kirchen enteignet... *(Quellen: Frankfurter Rundschau, 27.11.2004 /Radikal, 03.12.2004)*

Verfahren gegen Folterer droht zu verjähren

Am 2. Dezember wurde am Gericht für Schwere Strafen in Iskenderun das Verfahren gegen die Polizeibeamten Murat Cikar, Halil Özkan, Aysun Yüksel und Gürkan İlhan, Leiter der Abteilung Politische Angelegenheiten, wegen der Folterung von Fatma Deniz Polattas und Nazime Ceren Samanoglu fortgesetzt, die im März 1999 in Isken-derun festgenommen worden waren. Das Verfahren wurde auf den 27. Mai vertagt, um einen Bericht der Gerichtsmedizin abzuwarten. Das Gericht hatte schon die letzten drei Jahre auf den Bericht der Gerichtsmedizin gewartet. Es besteht die Gefahr, dass das Verfahren gegen die Folterer verjährt. *(Quelle: Özgür Gündem, 03.12.2004)*

Musiker und Journalist vor Gericht

Das Strafgericht in Beyoglu (Istanbul) begann am 2. Dezember ein Verfahren gegen den Musiker Ferhat Tunc und gegen Mehmet Colak, den Herausgeber der Tageszeitung Özgür Gündem wegen eines Artikels von Ferhat Tunc mit dem Titel "Ein Revolutionär Leyla und ein Lied", der am 19. Januar von Özgür Gündem veröffentlicht worden war. Das Gericht vertagte sich auf den 3. März 2005 um fehlende Dokumente zu komplettieren. Die Anklage beruht auf folgender Äußerungen in dem Artikel: "Ich habe mich nie über das Ergebnis im Fall der DEP-Abgeordneten vor dem Staatssicherheitsgericht Ankara gewundert. Ich kannte das Urteil von Anfang an. Keine Freilassung! Unsere "tiefe" Rechtsprechung setzte ihr schmutziges Spiel vor den Augen ganz Europas fort. Darüber hinaus, sie machten das Recht zu einem Instrument..." Die Anklage fordert eine Verurteilung von Tunc und Colak nach Art. 159 StG.

(Quelle: Birgün vom 05.12.2004)

Extra-legale Hinrichtung in Kiziltepe

Die Delegation der CHP hat ihren Bericht zum Vorfall in Kiziltepe vom 21. November, bei dem Ahmet Kaymaz (31) und sein Sohn Ugur (12) erschossen wurden, am 4. Dezember vorgelegt. In dem Bericht wurde darauf hingewiesen, dass es keine bewaffnete Auseinandersetzung gab. Die Opfer seien aus einer kurzen Entfernung erschossen worden. Die Opfer hätten Hausschuhe getragen und es habe keine Einschüsse aus ihrer Richtung gegeben. Normalerweise würden die Sicherheitskräfte Gewehre benutzen, aber die Opfer seien von 9mm-Munition getötet worden. Sie könne aus einer MP5 oder einer Uzi-Schnellfeuerwaffe stammen. *(Quelle: Radikal/Özgür Gündem vom 09.12.2004)*

Todesschüsse in Semdinli

Nach der Erschiessung des Schäfers Fevzi Can am 30. November in der Nähe des Dorfes Ortaklar im Kreis Semdinli (Hakkari) wurde der Unteroffizier Murat Sener in U-Haft genommen. In einer Erklä-

zung sagte der Gouverneur von Hakkari, Erdogan Gürbüz: "Als 448 Schafe illegal über die Grenze gebracht werden sollten, sind zwei Personen und eine als Schäfer vermutete Person der Aufforderung stehen zu bleiben nicht nachgekommen und haben versucht, zu fliehen. Die Gendarmen haben in die Luft geschossen und fünf Mal gewarnt. Bei diesem Ereignis wurde der Schäfer Fevzi Can durch eine Kugel getötet." In der Fallschilderung des Staatsanwaltes in Semdinli vom 7. Dezember wurde beantragt, dass der Verdächtige wegen Mordes durch Überschreitung seiner Dienstpflicht angeklagt werden soll.

In einem Bericht des Menschenrechtsvereins wurde festgestellt: "Nach der Untersuchung des Hinterhaltes und unter Berücksichtigung der Stärke der Truppe muss davon ausgegangen werden, dass weder das Opfer noch die 2 angeblich fliehenden Personen entkommen konnten. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass das Opfer bewaffnet war. Die Staatsanwaltschaft hat den Tatort nicht inspiziert."

(Quelle: Özgür Gündem/Radikal/Sabah vom 05.12.2004)

Massengräber im Kreis Kulp

Eine Delegation des Menschenrechtsausschusses im Parlament hat sich mit dem Vorwurf von Massengräbern in der Nähe des Dorfes Alaca im Kreis Kulp (Diyarbakir) beschäftigt. Nach Gesprächen mit offiziellen Stellen besuchten sie am 3. Dezember auch den in Diyarbakir einsitzenden Arif Sakik, Bruder des ehemaligen PKK-Kommandanten Semdin Sakik. Er habe behauptet, dass es sich bei den 11 Leichen um Opfer einer organisations-internen Hinrichtung handele und erklärte, dass die Köpfe wohl fehlten, weil Tiere die Leichen ausgruben und in Stücke rissen. Wenn gewünscht, könne er den Ort des Grabes identifizieren. Die Delegation machte auch darauf aufmerksam, dass zu dem fraglichen Zeitpunkt im Jahre 1993 11 Dorfbewohner "verschwunden" seien.

(Quelle: Özgür Gündem vom 05.12.2004)

Anwaltsbüro überfallen

Am 4. Dezember durchsuchte die Polizei das Büro des Rechts des Jahrhunderts, in dem die Anwälte von Abdullah Öcalan tätig sind. Die Durchsuchung erfolgte aufgrund einer Anordnung der 10. Kammer des Landgerichts Istanbul. Computer, Disketten und Dokumente wurden beschlagnahmt. Der Anwalt Okan Yildiz beschwerte sich, dass auch die Verteidigung von Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof beschlagnahmt wurde und die Durchsuchung nachts, anstatt am Tage, stattfand. (Quelle: Milliyet vom 05.12.2004)

Neue Strafprozessordnung verabschiedet

Am 4. Dezember wurde im Parlament die neue Strafprozessordnung (StPO) mit 325 Artikeln verabschiedet. Das Gesetz bringt etliche Neuerungen. Die Polizeihaft darf 24 Stunden nicht überschreiten. Das Maximum der Untersuchungshaft beträgt 2 Jahre und kann nur in bestimmten Fällen verlängert werden, in jedem Fall aber nicht mehr als 3 Jahre betragen. Bei der Wiederaufnahme von Verfahren müssen andere Richter tätig werden. Für organisierte Verbrechen wird ein Zeugenschutzprogramm eingerichtet. (Quelle: TIHV vom 10.12.2004 (nach Star, Evrensel und Özgür Gündem))

Festnahmen und Verhaftungen

Burhan Bengü, Murat Kayıkçı, Özgür Özel, Mehmet Ali Bozok, Kurtulus Çelik, Serkan Yüksel und das Mitglied der Musikgruppe "Grup Yorum" İnan Altın wurden in Istanbul unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der DHKP-C festgenommen. 22 Arbeiter, Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft TÜMTİS, die am 30. November festgenommen worden waren, wurden am 3. Dezember vom Gericht freigelassen. Suna Parlak, Autorin für die Tageszeitung Özgür Gündem, wurde am 4. Dezember während einer Hausdurchsuchung festgenommen. Hüseyin Dogar, der in Van festgenommen worden war, wurde am 4. Dezember unter der Beschuldigung "einer illegalen Organisation zu helfen" in Untersuchungshaft genommen. Ramazan Çeber und Bekir Kiliçaslan, die kürzlich in Istanbul festgenommen worden waren, wurden am 4. Dezember vom Gericht freigelassen. Zemirhan Alaymad, İhsan Kalkan und Mehmet Hanifi Öncel wurden unter der Beschuldigung "einer illegalen Organisation zu helfen" festgenommen.

(Quelle: Bianet (unabhängiges Kommunikationsnetzwerk) vom 08.12.2004)

November-Bilanz von Mazlum-Der

Die Menschenrechtsorganisation berichtete für den Monat November von 9 Morden durch unerkannte Täter und von 3 extra-legalen Hinrichtungen. Im gleichen Zeitraum beschwerten sich 13 Personen bei ihnen wegen Folter. Bei Minenexplosionen starben 5 Personen und 9 wurden verletzt. Bei Gefechten wurden 13 Personen getötet.

(Quelle: Radikal vom 10.12.2004)

Anwaltskammer in Izmir löst Anti-Folter Gruppe auf

Die Anwaltskammer in Izmir hat die Gruppe zur Verhütung der Folter aufgelöst und das von der Europäischen Kommission unterstützte Projekt zur "Rolle der Juristen bei der Verhütung von Folter" gestoppt. Als Grund wurde genannt, dass die Gruppe sich nicht im Rahmen der Kammer bewegt habe. Der Vorsitzende Nevzat Erdemir versicherte, dass die Organisation den Kampf gegen die Folter weiterführen werde.

„Sie wollen uns von innen her zerstören“ Türkische Schulbücher inhaltlich und methodisch rückständig

Wenn man den türkischen Schulbüchern glaubt, ist die Türkei von Feinden umringt. „Einige Staaten, die es auf unser Land abgesehen haben, wollen uns von innen her zerstören und teilen“, heisst es in einem Sozialkunde-Band für die siebte Klasse. Obwohl die Türkei seit Jahrzehnten nach Europa strebt und vom EU-Gipfel am 17. Dezember grünes Licht für den Beginn von Beitrittsverhandlungen erwartet, spielen Europa und europäische Staaten in den Büchern für die 14 Millionen türkischen Grund- und Hauptschüler häufig die Rolle von Schurken, die nichts anderes im Sinn haben, als die Türkei zu schwächen. Nur langsam ändert sich etwas in türkischen Klassenzimmern ...Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte findet an den Schulen nicht statt, die osmanische Vergangenheit der Türkei wird verherrlicht – aber nicht als Teil Europas präsentiert. Europa erscheine als Ge-

bilde ohne Verbindungen zur osmanischen Geschichte, kritisierte die regierungsunabhängige Geschichts-Stiftung in einer Analyse der Schulbücher...

Der Historiker Neumann bezweifelt ... , dass das merkwürdige Europa-Bild in den Schulbüchern grossen Einfluss auf die Haltung der Türken zur EU hat. „Wichtiger sind doch Erzählungen von Türken, die in Europa waren, oder das Fernsehen“, sagt Neumann. Tatsächlich ergeben Meinungsumfragen in der Türkei regelmässig hohe Zustimmungsraten zum Projekt der EU-Mitgliedschaft – trotz des Misstrauens gegen das Ausland, das in den Schulbüchern gesät wird. (Quelle: *Oltner Tagblatt*, 06.12.2004 /*Evrensel vom 13.12.2004*)

Verfahren gegen Folterer

Die Staatsanwaltschaft in Ankara hat gegen 6 Polizisten wegen Misshandlung der Jugendlichen Kemal Yaratilimis, H. Yaratilimis und Emre Camci im Mai auf der Polizeistation Anafartalar ein Verfahren eröffnet. Die Beamten Sahir Uzun, Mehmet Özcan, Kenan Aydin, Ümmet Dogan, Ugur Sen und Yusuf Akbas sind nach § 245 TSG angeklagt. Das Verfahren wird am 23. Dezember vor der 6. Kammer des Amtsgerichts Ankara beginnen. In einem anderen Verfahren vor der 16. Kammer sind die Jugendlichen wegen Schlägen gegen die Polizisten angeklagt. (Quelle: *Hürriyet vom 14.12.2004*)

Folterverfahren

Die 3. Kammer des Landgerichts Diyarbakir sprach am 13. Dezember die Polizeibeamten Hüseyin Demir und Haluk Bayram Deniz vom Vorwurf der Folter an Veli Tosun im Jahre 1999 frei. Ein weiteres Verfahren soll gegen den Gefängnisdirektor und 5 Soldaten anhängig sein. Sie sollen Veli Tosun bei der Einweisung ins Gefängnis verprügelt haben.

Zu der Zeit, als sie angeklagt wurden, erhielten sie eine Belohnung für "erfolgreiche Arbeit" in Höhe von 43 bzw. 24 Monatsgehältern.

(Quelle: *Özgür Gündem vom 14.12.2004*)

Entführung und Folter in Istanbul

Ömer Ulu, ein Mitglied der Sozialistischen Plattform der Unterdrückten (ESP) hielt eine Pressekonferenz in den Räumen des Menschenrechtsvereins (IHD) in Istanbul am 11. Dezember. Er berichtete, dass er von Personen mit Schneemasken entführt wurde. Es sei klar gewesen, dass es sich um Polizisten gehandelt habe. Sie hätten ein wissendes Auto ohne Kennzeichen gefahren und hätten ihn mit der Waffe an der Schläfe verhöhrt und gefoltert. Nach ca. 2,5 Stunden sei er in der Nähe der E-5 wieder ausgesetzt worden.

(Quelle: *Cumhuriyet vom 14.12.2004*)

Neues Gesetz verabschiedet

Am 13. Dezember verabschiedete das Parlament das neue Gesetz zum Vollzug von Strafen und Massnahmen. Nach dem Gesetz werden die Haftanstalten in 8 Kategorien unterteilt. Neben den Hochsicherheits- (geschlossenen) Haftanstalten wird es geschlossene Gefängnisse für Frauen, Kinder, Jugendliche geben. Hinzu kommen offene Haftanstalten, Erziehungsanstalten für Kinder und Zentren zur Beobachtung und Einstufung. In den F-Typ Gefängnissen werden diejenigen gehalten, die

zu erschwerter lebenslanger Haft (vormals: Todesstrafe) verurteilt wurden, die kriminelle Vereinigungen gründeten oder ihnen angehören, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden oder denen Mord, Drogenschmuggel oder Vergehen gegen die Sicherheit des Staates vorgeworfen wurde. Es können auch gefährliche Gefangene dorthin geschickt werden. In den Gefängnissen können Zellen und Gegenstände der Gefangenen jederzeit durchsucht werden. Leibesvisitationen sind ebenfalls erlaubt. Durchsuchungen finden mindestens einmal im Monat statt. Gefangene dürfen nicht in Ketten gelegt werden, aber mit Ausnahme von Kindern sind Handschellen erlaubt. Radio, Fernsehen und das Internet können zu Schulungszwecken erlaubt werden. Hungerstreikende können auch ohne Einwilligung medizinischen Eingriffen unterzogen werden.

PRESSEERKLÄRUNG

Die Türken entfachen Sturm im Glas – unangebrachte Reaktionen auf eine Anzeige

Ein vom Kurdischen Institut in Paris initiiertes und von ca. 200 kurdischen Persönlichkeiten in Europa und in der Türkei unterzeichneter Text mit dem Titel „Was fordern die Kurden in der Türkei“ entfachte in den türkischen Medien und politischen Kreisen Empörung und unangebrachte Reaktionen. Die am 08. Dezember 04 in Harald Tribune und am 10. Dezember 2004 in Le Monde jeweils auf einer halben Seite veröffentlichte Anzeige erschien im Zusammenhang mit dem EU-Gipfel am 17. Dezember 2004, auf dem die Entscheidung getroffen wird, ob die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden.

Die Erstunterzeichnerinnen und Unterzeichner sind der Meinung, dass der europäische Beitrittsprozess neue und viel versprechende Perspektiven öffnet, und zwar einschließlich für die Türken und die Kurden, und die Möglichkeit für eine Aussöhnung aufgrund einer friedlichen Regelung der Kurdenfrage innerhalb der heutigen Landesgrenzen bietet.

Diese Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, darunter auch der Geschäftsführer des IMK e.V., die die kurdische Gesellschaft in ihrer politischen und kulturellen Vielfalt vertreten, sind der Auffassung, dass eine solche Einigung vor allem die folgenden Forderungen erfüllen muss:

- *eine neue, demokratische Verfassung, in der die Existenz des kurdischen Volkes anerkannt und ihm das Recht auf ein staatliches Bildungssystem und auf Medien in seiner Sprache sowie auf die Gründung von Vereinen, Institutionen und Parteien mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und als Träger seiner Kultur und seiner politischen Bestrebungen garantiert wird;*
- *eine allgemeine politische Amnestie als vertrauensbildende Massnahme zugunsten der Aussöhnung und endgültigen Abkehr von Gewaltanwendung und bewaffneten Konflikten;*
- *die Schaffung eines umfassenden wirtschaftlichen Förderprogramms für die kurdische Region, aus dem mit europäischer Unterstützung insbesondere der Wiederaufbau der mehr als 3.400 in den*

neunziger Jahren zerstörten Dörfer und Anreize für die Rückkehr der drei Millionen vertriebenen Kurden in ihre Heimat finanziert werden können.

Einen Tag nach dem Erscheinen der Anzeige begann in der Türkei ein Sturm im Glas. Die türkischen Medien bezeichneten die Initiative der kurdischen Persönlichkeiten als Dolchstoßlegende und bezichtigten die Initiatorinnen und Initiatoren der Anzeige des Verrats am türkischen Staat. Diese Hetze, angeführt von der türkischen Tageszeitung Hürriyet, dauert heute noch an und auch türkische Politiker beteiligen sich an ihr.

Ministerpräsident Erdogan sagte gegenüber der Presse, dass „manche Kräfte versuchen ein hässliches Spiel insbesondere durch die ausländische Presse und Medien zu spielen“ und bezeichnete die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner als „eine Bande“. Außenminister Abdullah Gül bezichtigte sie des „Agententums“ und nannte sie „Bauern auf dem Schachbrett“ ausländischer Mächte. „Diese Anzeige ist eine Beleidigung für unsere Nation“ sagte Gül weiter. Der Staatsminister M. A. Sahin meinte, dass „diese Forderung sich gegen die Einheit des unitären türkischen Staates richtet, die in der Verfassung verankert“ ist.

Auch die Oppositionsparteien im türkischen Parlament meinten lamentieren zu müssen. Der stellvertretende Vorsitzende der CHP (Republikanische Volkspartei) Öymen meinte, dass „eine solche Forderung auch die Leugnung des Lausanner Vertrages bedeuten“ würde. Mehmet Agar, Hauptfigur des berüchtigten kriminell-mafiosen „Susurluk-Skandals“ und Vorsitzender der Partei des rechten Weges (DYP) kündigte eine unerbittliche „Kampfansage“ und ein „hartes Vorgehen“ gegen die Initiatoren der Anzeige an.

Gerade die Aussagen des Ministerpräsidenten Erdogan und seines Außenministers Gül sind eine Beleidigung der kurdischen Persönlichkeiten im In- und Ausland. Die Kurden haben das Recht sich zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu äußern und ihre Forderungen bezüglich der Implementierung der Kopenhagener Kriterien zu stellen. Denn die Türkei hat trotz der Anstrengungen in Richtung Demokratisierung und Einführung der Menschenrechte im Allgemeinen, insbesondere zu einer gerechten Lösung der Kurdenfrage keine ernsthaften Schritte unternommen. Die Identität von ca. 20 Millionen Kurden in der Türkei ist weiterhin nicht offiziell anerkannt. Eine neue und demokratische Verfassung, in der die Identität der Kurden verankert ist, ist noch nicht in Sicht. Warum brechen die türkischen Medien und politische Kreise auf Grund dieser Anzeige einen Sturm im Glas los? Warum suchen sie hinter dieser Initiative irgendwelche ausländischen Mächte? Sind die Kurden nicht in der Lage ihr Anliegen und ihre Forderungen unabhängig von irgendwelchen ausländischen Kräften zu formulieren?

Ministerpräsident Erdogan und sein Stellvertreter Gül dürfen nicht vergessen, dass auch sie von manchen Kreisen in der Türkei, insbesondere von Ultranationalisten und Kemalisten beschuldigt werden, im Dienste der USA zu stehen. Sind sie deswegen „Bauern auf dem Schachbrett“ oder „Agenten“ der Amerikaner und der Europäischen Union, weil ihre Regierung die Mitgliedschaft in der EU anstrebt? Die kurdischen Persönlichkeiten verwehren sich gegen jede ungerechte Bezeichnung und Beschul-

digung. Sie werden sich in Zukunft verstärkt bei der türkischen Regierung und der Europäischen Kommission melden, bis die gerechten Forderungen des kurdischen Volkes in der Türkei erfüllt sind. Dabei werden eine Million kurdische Migrantinnen und Migranten in der Europäischen Union und deren Persönlichkeiten auch in Zukunft Sprachrohr des kurdischen Volkes in der Türkei sein.

Daher fordern wir die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf, während der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei die Forderungen des Kurdischen Volkes zu berücksichtigen. Denn ohne eine gerechte Lösung der Kurdenfrage, darf es keine Mitgliedschaft der Türkei in der EU geben.

(Presseerklärung, Bonn, 16.12.04, Vorstand des IMK e.V.,)

Rekrutierung von Dorfschützern

Eine Delegation von der Anwaltskammer in Van, dem Menschenrechtsverein (IHD), Mazlum-Der und Gök-Der hat die Vorwürfe von Bewohnern des Weilers Xrabedar (Tasnacak) beim Dorf Oguldami im Kreis Gürpınar (Van) untersucht und einen Bericht dazu herausgegeben. Demnach zwang der Kommandant der Gendarmerie am 10. Dezember 30 Bewohner, als Dorfschützer aktiv zu werden. Nach Schilderung des Dorfbewohners Süleyman Alici kam es im Juni in der Nähe des Weilers zu einer Explosion (die Mine tötete einen Feldwibel und 2 Soldaten). Acht Bewohner seien zum Ort des Vorfalls gegangen und anschließend von der Gendarmerie festgenommen worden. Nach 7 Tagen seien 4 Personen freigelassen und die anderen 3 in U-Haft genommen worden. Nach 2 Monaten sei ein neuer Kommandant gekommen, der den Bewohnern des Dorfes vorwarf, Terroristen zu unterstützen, indem sie nicht berichteten, wie es zur Explosion gekommen sei. Er wollte, dass 7 Personen Waffen als Dorfschützer nehmen. Für den Fall der Weigerung drohte er mit Evakuierung des Dorfes. Am 6. Dezember seien sie zur Gendarmeriestation in Gürpınar bestellt worden und vor die Wahl von Waffen oder Verlassen des Dorfes binnen 3 Tagen gestellt worden. 30 Dorfbewohner haben daraufhin Waffen akzeptiert. *(Quelle: Bia, vom 16.12.2004)*

Flüchtling in der Türkei

Die Handelskammer Istanbul hat einen Bericht zu Flüchtlingen in der Türkei herausgegeben. Er wurde von Dr. Ahmet Icduygu angefertigt. Er schätzt, dass jedes Jahr zwischen 200 und 300.000 Flüchtlinge in die Türkei kommen. Die meisten kommen aus dem Irak, Afghanistan, Pakistan und dem Iran, aber die Zahl an Flüchtlingen aus Rumänien, der Ukraine und der russischen Föderation habe zugenommen. Der Bericht unterteilt die Flüchtlinge in 3 Kategorien:

a) legal Einreisende: sie kommen vorwiegend aus dem Osten und sind auf der Suche nach Arbeit. Frauen aus Moldavien, der Ukraine, Rumänien und Russland seien vor allem als Prostituierte und im Vergnügungssektor aktiv; Männer aus dem Iran, Irak, Moldawien und Rumänien arbeiteten vor allem im Bausektor.

b) Transit-Reisende: sie kommen vor allem aus dem Iran, Irak, dem Nahen Osten, Afghanistan, Pakistan und afrikanischen Ländern.

c) Abgelehnte: eine weitere Gruppe ohne Visum besteht aus den abgelehnten Asylbewerbern, die nicht nach Hause zurückkehren. *(Quelle: Bia, 16.12.04)*

Murat Utku berichtet aus einem Dorf im Kreis Yüksekova

Das Dorf Doganli im Kreis Yüksekova (Hakkari) hat eine bewegte Geschichte, die der Dorfvorsteher Musa Alkan erzählt. Seine Gruppe stamme eigentlich aus der Stadt Uludere (Kreis Cukurca), die sie im Jahre 1995 verlassen mussten. Erst kamen sie in das Dorf Canakli, dass sie aber aus Sicherheitsgründen wieder verlassen mussten. Die Häuser in Doganli waren noch nicht fertig, so dass die Familien mit einem Einkommen von 340 Millionen TL (als Dorfschützer) die Häuser erst noch fertigstellen mussten. Von den 2150 Menschen in 250 Häusern haben 25 Familien keine Waffen als Dorfschützer akzeptiert. Vorher kamen sie mit Landwirtschaft und Viehzucht aus, aber nun haben viele ihrer Häuser nicht einmal Fenster. Wasser muss aus einer Entfernung von 300 Metern (von den Frauen) geholt werden.

Eine Rückkehr ist undenkbar, denn die Stadt mit ehemals mehr als 6.000 Einwohner hat den Status einer Stadt verloren. Zudem müssten erst Straßen, Strom, Telefone verlegt werden. Desweiteren wollen die "Vertriebenen" ihre Felder und Tiere zurück.

„Es wird systematisch gefoltert“ Interview mit Eren Keskin, türkische Menschenrechtsorganisation IHD

DIE WELT: Sie haben es als Erste gewagt, öffentlich über Vergewaltigung und Folter in türkischen Gefängnissen zu sprechen. Wurden Sie selbst je vergewaltigt oder gefoltert?

Eren Keskin: 1995 mußte ich für sechs Monate ins Gefängnis, weil ich in einer öffentlichen Ansprache das Wort "kurdisch" verwendet hatte. Während meines ersten Verhörs im Gefängnis haben mich die Beamten betatscht, an den Beinen berührt und mir versichert, daß dies nur der Anfang sein würde.

DIE WELT: Kam es zu schlimmeren Übergriffen?

Keskin: Es gab Gefängniswärter, die drohten, mich nachts zu vergewaltigen. Aber ich war damals als Anwältin und Menschenrechtlerin schon zu bekannt, als daß sie es wagten, ihre Drohung wahr zu machen. Nicht alle Frauen hatten dasselbe Glück. Sexuelle Übergriffe in den Gefängnissen gehören zur Tagesordnung. Sie sind Teil der systematischen Folter, die in der Türkei praktiziert wird.

DIE WELT: Systematische Folter - ein harter Vorwurf. Haben Sie Beweise dafür?

Keskin: Wir sind die größte Menschenrechtsorganisation in der Türkei. 15 000 Mitglieder. Wir sind über das ganze Land verteilt. Lesen Sie unsere Rapporte, Tausende von Seiten, dann haben Sie Ihre Beweise. Sehen Sie, die Türkei will in die EU, das Land gibt sich modern, aufgeschlossen, demokratisch. Reine Täuschung.

DIE WELT: Premier Erdogan hat die Kompetenzen des Nationalen Sicherheitsrates, über welchen das Militär die Politik des Landes jahrzehntelang bestimmte, stark eingegrenzt.

Keskin: Offiziell ist die Türkei ein moderner Rechtsstaat, aber die Realität sieht anders aus. Das Militär bestimmt nicht nur über den Nationalen Sicherheitsrat, sondern auch dank seiner wirtschaftli-

chen Stärke die Politik des Landes. Das Militär besitzt nach wie vor Banken, Versicherungen, Reise-gesellschaften.

DIE WELT: Gleichwohl ist in jüngster Zeit eine Reihe von Gesetzen geändert worden. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, die Folter unter Strafe gestellt, die kurdische Sprache und Kultur zugelassen...

Keskin: ...wissen Sie, was der einzige, spürbare Unterschied ist zu früher? Wenn ich heute verhaftet werde, werde ich auf dem Polizeiposten nicht mehr verprügelt. Zugegeben, das ist ein Fortschritt, aber es ändert nichts am Grundsätzlichen. Die Türkei bleibt ein Staat mit zwei Gesichtern. Erdogan und seine Emissäre mimen in Brüssel die aufgeschlossenen und vernünftigen Staatsmänner. Doch zu Hause bleibt alles beim Alten. Wie viele Folterknechte wurden aufgrund der neuen Gesetzeslage in der Türkei letztinstanzlich verurteilt? Keiner, weil es offiziell keine Folterknechte mehr gibt. Das Land ist über Nacht eine moderne westliche Demokratie geworden, hundert Prozent europakompatibel. Leider nur auf dem Papier.

DIE WELT: Ist nicht schon die Tatsache, daß wir jetzt ungestört ein Interview führen können, ein Indiz dafür, daß sich vielleicht doch etwas geändert hat in diesem Land?

Keskin: Der Unterschied zu früher ist, daß heute subtilere Methoden der Folter angewendet werden. Die Leute werden mit Sandsäcken geschlagen, damit keine Spuren am Körper zu sehen sind. Sie werden wach gehalten, tagelang. Die Opfer werden keine einzige Schramme am Körper haben, aber wortwörtlich todmüde sein.

Eren Keskin, 46, leitet das Büro der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD in Istanbul. Sie ist Anwältin und Preisträgerin mehrerer internationaler Friedensauszeichnungen. Mit ihr sprach Walter De Gregorio, Korrespondent der Schweizer Weltwoche

(Quelle: Sam, 18. 12.04)

Kurdischer Schriftsteller in Syrien verhaftet

KAMISHLI (amude.com) - Der kurdische Schriftsteller Taha Hamid ist gestern in Syrien verhaftet worden. Syrische Sicherheitseinheiten haben den aus der Türkei kommenden Kurden an der syrisch-türkischen Grenze festgenommen. Er wurde später nach Damaskus gebracht. Die Haftgründe sind noch unklar. Taha Hamid ist ein bekannter Schriftsteller, der sich vorwiegend mit der Kurdenproblematik in Syrien befasst. *(Quelle: amude.com, 03.12.2004)*

Syrien:

Folter nach Hungerstreik kurdischer Gefangener in Syrien

DAMASKUS (amude.com) - Etwa 20 kurdische Gefangene im Edra-Gefängnis in Damaskus befinden sich seit sechs Tagen im Hungerstreik. Sie protestieren gegen ihre Haftbedingungen. Syrischen Menschenrechtlern zufolge, werden diese Gefangenen gefoltert. Seit dem 03. Dezember sind etwa 20 kurdische Gefangene im zentralen Edra-Gefängnis in einen Hungerstreik getreten. Sie fordern bessere Haftbedingungen sowie die Erlaubnis, mehrmals von ihren Angehörigen besucht zu werden.

Die Angehörigen dürfen bisher einmal alle zwei Monate die Gefangenen besuchen. Außerdem verlangen die meist jungen Gefangenen, dass "ich-nen die Möglichkeit gewährt wird, an ihren Prüfungen an den Universitäten teilzunehmen".

Nach Angaben eines syrischen Menschenrechtlers gegenüber AMUDE.COM, werden die protestierenden Gefangenen "gefoltert, damit sie ihre Aktion abbrechen." Desweiteren werde darüber nachgedacht, sie auf andere Gefängnisse zu verteilen. Auch werden andere an der Aktion nicht teilnehmende Gefangene gefoltert, "weil man ihnen unterstellt, die Informationen aus dem Gefängnis zu bringen".

Bei den in den Hungerstreik getretenen Gefangenen handelt es sich um: Tewfiq Ramadan Hussein, Civan Abdulrehman Khalid, Hassan Ali Omar, Dilgesh Ibrahim Khalil, Diyar Mohammed Amin Ali, Rebaz Haci Mohammed Yusiv, Zardacht Haci Mohammed Yusiv, Shiyar Haci Mohammed Yusiv, Shindar Haci Mohammed Yusiv, Omar Mohammed Kher Omer, Givara hassan Shukri, Guhdar Hussein Khalid, Murad Ceraf Aslan, Massoud Omer Khalid, Manal Hussein Abde, Mohammed Ahmad Mustafa, Mohammed Sharif Ferman, Khalid Ahmad Ali und Massoud Hamid.

In Syrien leben etwa 2 Millionen Kurden. Nach den Unruhen im vergangenen März in den kurdischen Gebieten in Syrien, wurden hunderte meist junge Kurden verhaftet. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International werfen Syrien wiederholt Folter gegen kurdische Gefangene vor. (Quelle: www.amude.com)

Iran:

Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen in Miyandoab hat es 16 Tote und Verletzte gegeben.

Durch die neuesten Nachrichten, die von ISNA (Islamische Studenten- Nachrichtenagentur Iran) herausgegeben wurden, ist bestätigt, dass sich die gestrigen bewaffneten Auseinandersetzungen in Miyandoab ausgeweitet haben und dabei vier Personen getötet sowie 12 verwundet wurden. ISNA hat diese Auseinandersetzungen als „Angriff einer Gruppe von Menschen mit besonderem Glauben auf die Sicherheitskräfte“ bezeichnet. Hamid Schakari, der Oberbürgermeister der Stadt Miyandoab hat die Angaben der Nachrichtenagentur ISNA bestätigt und gesagt:

„Diese Auseinandersetzung fand in der Umgebung des Dorfes Ütsch-Tappeh statt, wobei drei der Angreifer getötet wurden“. Er sagte gleichzeitig, dass ein Angehöriger der Sicherheitskräfte bei dieser Auseinandersetzung getötet und weitere 12 Personen verletzt wurden.

Der Oberbürgermeister der Stadt Miyandoab hat auch bestätigt, dass die Angreifer einer besonderen Glaubensgemeinschaft angehören. Er sprach auch von der Entdeckung einiger Waffen und Granaten bei den Angreifern. Diese Personen hätten sich in drei Hirtenhütten oder Scheunen in der Umgebung von Miyandoab verschanzt.

In dem Bericht auf der Internetseite „Baztab“ (eine Internetseite von Mohsen Rezaie, dem ehemaligen Kommandeur der Passdaran) wurde es so dargestellt, dass nach der Ermordung des Kommandeurs der Sicherheitskräfte und zwei Beamten des Regimes in der letzten Woche die heutigen Racheunternehmungen der Sicherheitskräfte und des Mi-

litärs in dem Dorf Ütsch-Tappeh in Miyandoab stattgefunden haben. Gemäß diesem Bericht gehören die Getöteten der Ali-Elahi (Ahl-e Haqq)-Sekte an. Bei dem Racheunternehmen wurden einige der Sicherheitskräfte verletzt. Der Oberbürgermeister habe als Reaktion auf diese Geschehnisse betont, dass sie die Wurzeln dieser Unruhen ausgerissen (ausgerottet) hätten. (Quelle: *Internet-Zeitung Roshangari* 30. September 2004)

Irak:

Chemie-Ali - „Ich werde die Kurden in Stücke schneiden“

Der ehemalige Verwandte von Saddam Huseyin und mit Spitznamen „Chemie-Ali“ bekannt gewordener ehemaliger General Hasan Ali Al Macid steht z.Z. in Bagdad vor dem Kriegsverbrechergericht. Die Staatsanwaltschaft lag dem Gericht als Beweis seiner Verbrechen u.a. auch eine Tonkassette vor, auf der seine Stimme deutlich erkennbar ist. Darin sagt er, dass er die „aufständischen Kurden wie Gurken in Stücke schneiden“ und die „kurdischen Dörfer und Ortschaften 15 Tage lang mit Giftwolken belegen“ wird. Er sagte weiterhin: dabei wird es sehr viele Tote geben. Man müsse daher die Leichen mit Bulldozern beseitigen. Er deutet damit auf Massengräber hin. (Quelle: *Milliyet*, 20.12.04)

„Wir müssen mit einer Stimme sprechen“

ND-Gespräch mit Dr. Kamal Fuad, Präsident der kurdischen Nationalversammlung

Dr. Kamal Abdul Karim Fuad, Jahrgang 1932, wurde im Oktober 2002 zum Präsidenten der Nationalversammlung Kurdistans mit dem Mandat der Patriotischen Union (PUK) gewählt. Er teilt sich das Amt mit Rosh Shawaiys, dem Vertreter der Demokratischen Partei (DPK). Kamal Fuad erlangte im Fach Orientalistik an der Humboldt-Universität zu Berlin 1970 die Doktorwürde der Philosophie. Er war danach Inhaber des Lehrstuhls für kurdische Studien an der Universität von Suleimaniya in Nordirak. Von der Diktatur Saddam Husseins vertrieben, fand er von 1975 bis 1991 in Berlin ein neues Arbeitsfeld in der Stiftung für die Klassifizierung orientalischer Handschriften. 1991 kehrte er nach Kurdistan zurück und wurde zunächst Fraktionschef der Grünen im kurdischen Parlament.

Mit Dr. Fuad sprach für ND Prof. Heinz Odermann. Übersetzer war Hewa Bajhat.

ND: Herr Präsident, was erwarten Sie mit dem Blick auf den Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft in Irak von den Wahlen am 30. Januar?

Fuad: Seit Jahrzehnten bemühen wir uns um eine demokratische föderative irakische Republik. Sie muss die demokratischen Freiheiten für alle in Irak lebenden Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Das schließt die Gleichberechtigung aller Nationalitäten in Irak und die Gleichstellung von Mann und Frau ein. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit zwischen allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften Iraks notwendig. Wir müssen mit einer Stimme sprechen.

Was brachte die Herrschaft Saddam Husseins den Kurden?

Hussein brachte allen kurdischen Schichten das entsetzliche Leid des Völkermords, die Zerstörung der Infrastruktur und unvorstellbare Armut. Das so genannte Autonomiegesetz vom 11. März 1979 entstellte die Wahrheit über die gesellschaftliche Wirklichkeit in Kurdistan. Es bereitete den Weg für die militärische Invasion Saddam Husseins in die Kurdengebiete, die zum Völkermord und zur Zerstörung fast aller Dörfer führte.

Haben diese leidvollen Erfahrungen Auswirkungen auf die kurdische Haltung zur Bagdader Regierung?

Die Freundschaft zwischen Kurden und Arabern ist sehr alt, sagt unser Dichter Fayiq Bekas. Gegenüber einer demokratischen, die Rechte der Minderheiten achtenden Regierung in Bagdad haben wir keine Vorbehalte. Ein Volk jedoch, das so gepeinigt wurde wie das kurdische in Irak, ist wachsam. Die furchtbaren Kriege des Saddam-Regimes waren ständig begleitet von Vertreibungen der Kurden aus ihren angestammten Gebieten im Zuge der Arabisierungspolitik. Bei diesen Deportationen verschwanden 182000 Menschen, von denen wir bis heute kein Lebenszeichen haben.

Im Ringen um seine Selbstbehauptung stand das kurdische Volk in Irak im Krieg an der Seite der USA gegen das Regime Saddams. Erwarten Sie von den USA, dass sie die kurdischen Rechte anerkennen und den kurdischen Anspruch auf Kirkuk unterstützen?

Ich will späteren Entscheidungen nicht vorgreifen. Fest steht: Durch die Befreiung Iraks vom Regime Saddams ist das größte Hindernis auf dem Wege zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beseitigt. Nun ist der Weg frei für eine allmähliche Verwirklichung der demokratischen und nationalen Rechte aller Nationalitäten Iraks, einschließlich rechtmäßiger Gebietsansprüche. Die Stadt Kirkuk, die Erdölstadt, liegt geographisch im kurdischen Gebiet Iraks. Die Einwohner dieser Stadt sind Angehörige verschiedener Nationalitäten. Es sind Kurden, Turkmenen, Araber, Assyrer und andere. Alle diese Nationalitäten sollen gleichgestellt werden und ihre Rechte und Pflichten ohne Einschränkung ausüben können.

Alle Zusicherungen auf Selbstbestimmung, die die Großmächte den Kurden gaben, wurden nie mit Leben erfüllt – die Artikel im Vertrag von Sevres 1920 zur Unabhängigkeit der Kurden ebenso wenig wie die irakischen Autonomiegesetze. Welche Chancen gibt es heute für eine internationale völkerrechtliche Garantie der kurdischen Selbstständigkeit innerhalb Iraks?

Die Probleme in Irak, auch in der kurdischen Region, sowie auf der internationalen Ebene sind zur Zeit objektiv größer als früher. Die Zusammenarbeit zwischen den kurdischen irakischen Parteien, die sich für eine föderative demokratische Einheit Iraks einsetzen, ist bei deren Lösung unentbehrlich.

Es heißt, der amerikanisch-britische Krieg gegen Irak sei nicht nur zum Sturz des Diktators Saddam, sondern vielmehr für den ungehinderten Zugang zu den Erdölquellen des Landes geführt worden. Teilen Sie diese Meinung?

Es ist klar, dass die Alliierten nicht aus Liebe zum irakischen und kurdischen Volk das Saddam-Regime gestürzt haben. Hätten sie uns je geliebt, wä-

ren sie schon vor mehr als einem Jahrzehnt gegen den Völkermord des verhassten Regimes vorgegangen. Doch als der Krieg gegen Saddam begann, sind die Interessen der Alliierten mit unseren zum Sturz des Regimes identisch gewesen und sie sind es heute noch im Hinblick auf die Sicherung der errungenen Freiheit gegen den Terrorismus.

Die Erdölvorkommen Iraks werden als die zweitgrößten der Erde bezeichnet. Welchen Anteil hatte das kurdische Volk in Irak an diesem Reichtum bisher und welchen sollte es künftig haben?

Seit der Entstehung des Staates Irak nach dem Ersten Weltkrieg und der Entdeckung der großen Ölvorkommen war der Anteil des kurdischen Volkes an dem Reichtum nicht nennenswert. Es war sein Schicksal, zunächst am Reichtum überhaupt nicht beteiligt und später mit wenigen Prozent abgefunden zu werden, jedoch einer großen Armut ausgesetzt zu sein. Jetzt verlangen wir eine gerechte Verteilung des Reichtums in Irak entsprechend der Volkszahl.

Eine verwirklichte und völkerrechtlich verbürgte Anerkennung der kurdischen Selbstständigkeit und ihrer Nationalität neben der arabischen in einer irakischen Föderation könnte den Kurden in der Türkei, in Iran und in Syrien Auftrieb geben. In diesem Fall würden die irakischen Kurden möglicherweise einer Allianz von Staaten gegenüberstehen, die nicht daran interessiert ist, die Kurden selbstbestimmt zu sehen.

Wir hoffen, dass diese Staaten etwas aus der Geschichte gelernt haben und die Rechte des kurdischen Volkes im Rahmen ihrer Staaten anerkennen. Sie müssen sich der Neuordnung der Welt anpassen und begreifen, dass die Methoden der Unterdrückung und Repressalien zum Scheitern verurteilt sind. (Quelle: Neues Deutschland, 16-12-2004)

Offener Brief an den Generalbundesanwalt

Sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt Nehm, „Radikalislamische Kurden hatten die Gruppierung 2001 im Nordirak gegründet. Die Extremisten streben mit Waffengewalt die Gründung eines islamischen Staates Kurdistan nach dem Vorbild der Herrschaft der islamistischen Taliban in Afghanistan an.“ Das waren Ihre Worte nach der Festnahme von 3 Irakern, die einen Anschlag auf den irakischen Präsidenten Allawi geplant hatten.

Dass die „Ansar Al-Islam“ sich neuerdings für die Schaffung eines freien Kurdistan einsetzt, haben vor ihrer Presseerklärung weder Kurden noch ihre Parteien und Organisationen gewusst.

Durch Ihre Sätze, die in der Presse vielfach zitiert wurden, stellt sich leider ein völlig falsches und verzerrtes Bild der kurdischen Verhältnisse im Irakisch-Kurdistan (Nordirak) dar.

Die „Ansar Al-Islam“ ist nach dem 11.9.2001 aktiv geworden und hat bis 2003 ein kleines Gebiet zwischen der kurdischen Stadt Halabja und der iranischen Grenze mit Waffengewalt besetzt. Es ist richtig, dass der Gründer dieser Terrororganisation, Mullah Krekar, ein Kurde ist und diese Organisation in Irakisch-Kurdistan gegründet wurde. Doch lediglich eine Handvoll Kurden sind Mitglieder die-

ser Terrororganisation. Die Mehrheit der Mitglieder sind also definitiv keine Kurden! sondern besteht aus Arabern, ehemaligen aus Afghanistan geflüchteten Talibanangehörigen, Iranern, Pakistanern etc. Auch der Name der Gruppe ist arabisch. Ihr Ziel ist keineswegs die Schaffung eines kurdischen Staates. Warum sollten sich religiös-fanatistische Araber, Afghanen, Iraner oder Pakistaner einer Gruppe anschließen, die ein freies bzw. selbstverwaltetes Kurdistan schaffen will?

Die Realität sieht anders aus. Und leider wird wieder einmal aufgrund fehlender und falscher Informationen seitens der Presse der Deutschen Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild von Irakisch-Kurdistan vermittelt.

Irakisch-Kurdistan wird seit dem Ende des 2. Golfkrieges durch ein frei gewähltes Parlament und eine Regierung von Kurden selbstverwaltet. Es ist ein föderaler Bestandteil des Irak.

Das Ziel der fundamentalistischen Organisation „Ansar Al-Islam“ war es nun nach der Ausrufung der Selbstverwaltung der Kurden im Jahr 1992, genau diese kurdische Regierung zu bekämpfen und die Selbstverwaltung zu zerstören.

Mit Selbstmordattentätern, Autobomben und ähnlichen Anschlägen bekämpften sie bis Anfang 2004 die KRG (Kurdistan Regional Government) in Irakisch-Kurdistan. So wurden z.B. am 01. Februar 2004 bei einem Selbstmordanschlag in Arbil ca. 200 kurdische PolitikerInnen und Sicherheitskräfte von der „Ansar Al-Islam“ ermordet. Die Erklärung der kurdischen Regierung über dieses Attentat wollte in Deutschland niemand hören. (Hier die Presseerklärung eines Vertreters der kurdischen Regierung

http://www.kakm.de/1/Doc/AB_PR_090203.htm)

Dass diese Terrorgruppe bis zum Sturz des Saddam-Regimes von Nachbarstaaten Iraks mit Waffen und finanziell unterstützt wurde, war und ist ein

offenes Geheimnis. Auch das Mullah-Re-gime im Iran dürfte die Finger im Spiel haben. Denn jeder, der gegen die Kurden im Irak kämpfte, war ihnen willkommen. Schließlich will das irani-sche Re-gime ähnliche Freiheiten wie in Irakisch-Kurdistan und das Selbstbestimmungsrecht für sei-ne eigene kurdische Bevölkerung nicht hinnehmen.

Obwohl wir Kurden mit einer Zahl von ca. 750.000 Menschen die drittgrößte Migrantengruppe in Deutschland sind, genießen wir leider nicht die gleichen Rechte wie die anderen Migrantengruppen. Wenn nun auch der deutschen Öffentlichkeit solch ein verzerrtes Bild von KurdInnen und Kurdistan gezeigt, sowie die Terrororganisation „Ansar Al-Islam“ der kurdischen Bestrebung für Freiheit und Selbstbestimmung im Irak gleichgestellt wird, kann dies von uns Kurdinnen und Kurden in Deutschland sowie deren demokratischen Selbsthilfeorganisationen nicht hingenommen und akzeptiert werden. Dieser Meinung schließen sich auch unsere „deutschstämmigen“ Freundinnen und Freunde an. Die Kurden und Assyrer in Irakisch-Kurdistan hatten in der Vergangenheit am meisten unter den Anschlägen und Untaten dieser Terrororganisation zu leiden. Das muss der bundesdeutschen Öffentlichkeit klargemacht werden.

Das kurdische Volk und dessen Befreiungsbewegung kämpfen seit Jahrzehnten für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung. Sie haben also keinerlei Verbindung zu irgendwelchen religiös-fanatistischen fundamentalistischen Terrorgruppen.

Wir bitten Sie daher mit allem Nachdruck, Ihre Aussagen, die ein ganzes Volk und seine Parteien sowie Organisationen diskriminieren und diffamieren könnten, wenn sie nicht richtiggestellt werden, zu revidieren.

Mit freundlichen Grüßen.

(Vorstand des IMK e.V., 07.12.04)

Wie zuvor - auch diesmal - möchten wir an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere web-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

Ausserdem möchten wir Sie unten auf unsere neue Bankverbindung hinweisen

Mit freundlichen Grüßen.

Ihre Redaktion

ISSN 1438- 08

Herausgeber: IMK e.V., Postfach 07 38, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802,

Fax: + 49 228 363 297, e-mail: IMK-Bonn@t-online.de und imkkurds@aol.com

Besuchen sie auch unsere Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: **Euro 92,00**
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: **Euro 46,00**
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: **Euro 31,00**

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäftskonto: 83457 00 Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE31 IBAN: DE82 3702 0500 0008 3457 00

Neuerscheinung:
Johannes Düchting, Die Kinder des Engel Pfau –
Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi
KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, daß die Yezidi irgendwo im „wildem Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluß auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflußt worden sind.

Bestellung: beim IMK e.V.

Neue Dokumentation: Trauma und Therapie

Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt

Mit Beiträgen von: Knut Raachfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griesse, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting
Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 – 933881 – 19 – 6

Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,- Euro (incl. Versandkosten)

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungsgebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 12,- Euro (incl. Versandkosten)

Das IMK-Team wünscht Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein
gutes neues Jahr